

Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 22. August 2012

TOP 17: Zukunft der Theater (Drucksache 18/78)

Beate Raudies:

Das Theaterangebot in der Fläche sicherstellen

Der Bericht der Landesregierung macht deutlich: Die Zukunft der Theater in Schleswig-Holstein bleibt eine kulturpolitische Kernaufgabe! Nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit haben Theater mit denselben Problemen zu kämpfen:

- Die Besucherzahlen sind in der Tendenz rückläufig.
- Die Personal- und Sachkosten steigen bei sinkender Eigenwirtschaftsquote.
- Die Finanzierung durch die meist kommunalen Träger ist unzureichend.

Die Eigenwirtschaftsquote der drei großen schleswig-holsteinischen Theater lag 2009/10 zwischen 10,6 Prozent beim Landestheater und 16,4 Prozent beim Theater Lübeck. Das ist – auch im bundesweiten Vergleich – schlecht. Nur ganz wenige Theater bundesweit schaffen es, sich überwiegend selbst zu finanzieren; Spitzenreiter ist das Theaterhaus Stuttgart mit rund 70 Prozent.

Im antiken Athen gab es die segensreiche staatliche Leistung des Theorikón, das der Staat den ärmeren Bürgern auszahlte, um ihnen den Besuch von Theatervorstellungen zu ermöglichen. Anders als heute vollzogen sich Haushaltsberatungen in Athen offensichtlich unter erfreulicheren Rahmenbedingungen. Und auch wir werden auf diese Möglichkeit, die Besucherzahlen unserer Theater zu erhöhen, leider verzichten müssen.

Es hat in der vergangenen Legislaturperiode Bemühungen des damaligen Ministers gegeben, durch die Bildung einer Theaterstrukturkommission in einem Dialogverfahren neue Kriterien für

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

die Förderung der öffentlichen Theater in Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Dabei sollten die hohen Personalkosten und die Besucherzahlen neu bewertet und insbesondere die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Aber wie?

Die Personalkosten sind besonders schwer zu beeinflussen. Getrennte Haustarife oder ein Regionaltarif für alle drei Theater gehen – das stellt auch die Theaterstrukturkommission fest – einseitig zu Lasten der Beschäftigten. Sie dürfen deshalb allenfalls vorübergehende Maßnahmen sein, die dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze dienen.

Der Abbau von Personal ist mit Qualitätseinbußen verbunden. Die Theater könnten dann ihr Angebot in der jetzigen Breite nicht mehr aufrechterhalten, sondern müssten sich von bestimmten Sparten trennen. Synergieeffekte sind dabei kaum zu erwarten. Denn was nützt es einem am Theater interessierten Besucher in Husum, wenn zum Beispiel Oper oder Musical nur noch in Lübeck angeboten werden?

Das Land ist nicht Träger der Theater. Es will, kann und soll nicht kommunale Aufgaben an sich ziehen. Landesaufgabe ist vielmehr, die Kommunen in die finanzielle Lage zu versetzen, sich ein Theater leisten zu können. Ich begrüße es daher sehr, dass sich Frau Ministerin Spoorendonk für eine Wiedereinführung der Dynamisierung der Theaterrmittel im kommunalen Finanzausgleich einsetzen will. Ich bin optimistisch, dass wir das im angesprochenen Zeitrahmen hinbekommen werden.

Wie der Theaterstandort Schleswig gesichert werden kann, ist eine außerordentlich schwierige Frage, für die es keine einfache Lösung gibt. Die Stadt Schleswig allein kann diese Aufgabe nicht leisten. Der Kreistag Schleswig-Flensburg hat deshalb angeregt, sich um die Einwerbung von Mitteln aus dem Europäischen Regionalfonds zu bemühen. Der von Frau Ministerin Spoorendonk skizzierte Plan für eine multifunktionale Veranstaltungsstätte könnte dafür eine geeignete Grundlage sein.

Es ist das Ziel dieser Koalition, auch für den nördlichen Landesteil ein Theaterangebot in der Fläche ohne unüberwindbare soziale oder geographische Barrieren vorzuhalten. Das Land wird weiterhin auf eine solche Lösung hinarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.